

Polizeigesetz in der Warteschlange

Von **Hans-Peter Bieri**

Bis am Wochenende sah alles nach eitel Sonnenschein aus. **Rita Fuhrers** Polizeiorganisationsgesetz (POG) hatte, nachdem es von der kantonsrätlichen Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit (KJS) unter **Regula Thalmann** (FDP) zur rechtgestützt worden war, allseits Wohlgefallen gefunden – nach dem jahrelangen Gezänk, das sich Kantons- und Stadtpolizei Zürich geliefert hatten, eine echte Wohltat. Die Stadtzürcher Polizeivorstherin **Esther Maurer** und der neue kantonale Polizeidirektor **Ruedi Jeker** verströmten lauter Harmonie und guten Willen. Am Montag sollte das POG im Kantonsrat beraten werden, der Polizeistreit schien beendet. Grosses Aufatmen.

Aber dann kam der Samstag, die Telefonleitungen fingen an heiss zu laufen, SVP-Fraktionschef **Alfred Heer** verständigte sich mit Kollegin **Dorothee Jaun** von der SP und mit den KJS-Mitgliedern **Christoph Hostenstein** von der CVP und **Susanne Rihs** von den Grünen, und alles war plötzlich ganz anders. Gestern beantragte Heer im Kantonsrat, die Beratung des POG von der Traktandenliste abzusetzen, Jaun, Rihs und Hostenstein stimmten ihm namens ihrer Fraktionen zu, und weg war das Geschäft. Da mochte **Thomas Vogel** (FDP), ebenfalls KJS-Mitglied, noch so sehr von einer «Panikübung» sprechen und die Parlamentskolleginnen und -kollegen ermahnen, nicht «wie Hühner auf der Stange aufgeregt herumzuflattern», nur weil im letzten Augenblick Fragen aufgetaucht seien. Nichts ging mehr.

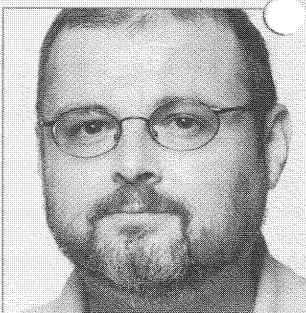
Die Fragen bezogen sich – wie denn anders – wieder einmal auf die kriminalpolizeiliche Arbeitsteilung zwischen der Zür-

cher Stadtpolizei und der Kantonspolizei. Auf Stadtgebiet bearbeitet die Kantonspolizei gemäss POG die komplexen Strafrechtsfälle, die «besondere Fachkenntnisse oder besondere technische Einrichtungen» verlangen. Die Stadtpolizei stellt die kriminalpolizeiliche Grundversorgung sicher, wozu «zur Bewältigung stadtspezifischer Kriminalität auch die Verfahren im Zusammenhang mit der Betäubungsmittelszene, Kinder- und Jugendproblemen und dem Sexmilieu» gehören. Die Details der Arbeitsteilung sollte eine Verordnung ausdeutschen, die gegenwärtig von einer Arbeitsgruppe aus Angehörigen von Kantons- und Stadtpolizei erarbeitet wird. Jeker wollte darüber gestern in den Grundzügen orientieren, aber es war stets klar, dass die Verordnung erst zur zweiten Lesung des POG vorliegen würde. Niemand ausser CVP-Vertreter Hostenstein hatte sich bis anhin daran gestört.

Doch gestern tönnte es plötzlich ganz anders. «Wir wollen die Verordnung kennen, bevor wir das POG beraten», erklärte **Alfred Heer**. «Wir von der CVP kaufen keine Katze im Sack», ergänzte **Christoph Hostenstein**. «Der Teufel steckt im Detail», unkte **Dorothee Jaun**. Aber welcher Teufel, schien den meisten unklar. KJS-Chefin **Regula Thalmann**, die erst «am Sonntag um 21.15 Uhr» erfahren hatte, dass etwas im Busche sei, wusste nur von «Gerüchten, dass die Verordnung nicht das bringt, was sich die Stadt wünscht». Der Rat, der das POG klar mit 111 zu 38 Stimmen abgesetzt hatte, wusste

nachher zum grossen Teil nicht, warum er so entschieden hatte.

Schwer zu erfragen waren Teufel und Details trotzdem nicht. Die SVP hatte die Sache losgetreten, und die SVP hat in ihren Reihen einen veritablen Fachgruppenleiter der städtischen Kriminalpolizei,



«Das ist, wie wenn man einem Schreiner Säge und Hobel wegnehmen würde.»

JÜRIG LEIBUNDGUT, SVP

Jürg Leibundgut. Und Leibundgut hielt denn auch nicht zurück. Offenbar hatte die Kapo in der Arbeitsgruppe das POG sehr restriktiv ausgelegt. «Alles, was technische Hilfsmittel verlangte, sollte als «komplexer» Fall zum Kanton gehen», meinte Leibundgut. Die Bekämpfung der stadtspezifischen Kriminalität wäre der Stapo wieder aus der Hand geschlagen worden. Man könne Prostitution, Menschenhandel oder Drogenkriminalität nicht ohne Telefonkontrolle bekämpfen, aber die habe die Kapo als ihre Aufgabe reklamiert. Man müsse Kinder und Jugendliche gemäss Opferhilfegesetz Video befragen, aber auch solche

Befragungen habe die Kantonspolizei für sich in Anspruch genommen. Auf 13 Seiten listeten die Fachgruppenleiter der städtischen Kripo auf, was ihnen künftig alles nicht mehr erlaubt sein sollte, und die Augen gingen ihnen über. «Das ist, wie wenn man einem Schreiner Säge und Hobel wegnehmen würde», sagte Leibundgut.

Also alarmierte Leibundgut mit dem Segen seiner Obrigkeit die SVP, und die

Dinge nahmen ihren bekannten Lauf. Zur Überraschung auch von Polizeivorstherin **Esther Maurer**, wie ihr Pressesprecher **Robert Soos** versicherte und wie im Rat auch Heer, Jaun und Thalmann bekräftigten. «Jürg Leibundgut ist als Kantonsrat in dem, was er macht, autonom», sagte Soos. Maurer war wie andere Polizeivorsther, etwa **Hans Hollenstein** aus Winterthur, vergeblich zum Rathaus gepilgert, um die POG-Beratung zu verfolgen.

Viel Freude hat der Kantonsrat den Trägern des neuen Geistes zwischen Kapo und Stapo mit seinem Entscheid nicht bereitet. «Der Kantonsrat hat eine Chance verpasst», sagt **Ruedi Jeker**. «Die Eintretensdebatte hätte der Arbeitsgruppe die Richtung vorgeben können. Aber man hat uns nicht einmal die Möglichkeit gegeben, die Grundzüge der Verordnung klarzulegen.» KJS-Präsidentin **Regula Thalmann** reagierte sogar eindeutig verärgert. Die KJS habe zu den strittigen Fragen klare Vorstellungen entwickelt: «Wir hätten heute klarstellen können, was die Kommission als Leitplanken festgesetzt hat.» Für Jeker wie Thalmann ist die zusätzliche Warteschlange, die der Kantonsrat gestern dem POG verordnete, jedenfalls ziemlich überflüssig. Thalmann: «Wir haben alles getan, damit die Stadt im Kripo-Bereich die Ellbogen weit ausfahren kann.»

Immerhin, ob verpasste Chance zur Instruktion der Arbeitsgruppe oder Wink mit dem Zaunpfahl an diese, in einem scheint Übereinstimmung zu bestehen: Die Stadtpolizei soll, wie es die KJS will, viel Freiraum erhalten. Vielleicht zu viel, wie EVP-Kantonsrat **Peter Reinhard**, der Präsident des Verbands Kantonspolizei Zürich, vermutet: «Die POG-Absetzung gibt Raum, um alte Konflikte wieder aufleben zu lassen», sagt er. Gott behüte.

Früher wenige Steuern zahlend

Zürich. – Das geänderte Steuergesetz tritt schon ab dem 1. Januar 2005 in Kraft, nicht erst ab 2006, wie das der Regierungsrat im Sanierungsprogramm 04 beschlossen hat. Der Kantonsrat hat gestern parlamentarische Initiative von **Zanetti** (SVP, Zollikon) mit 75:17 (SVP, CVP, EVP) vorläufig unterstet. Das Gesetz beschränkt die Steuerzahler Abzüge sowie den Ausgleich der Progression – und dem Kanton und den Gemeinden tiefere Steuereinkünfte. **Zanetti** warf dem Regierungsrat die «Schätzung des Parlamentes» an. Er hatte die Änderungen im August des Jahres beschlossen. Wenn der Regierungsrat das Gesetz erst 26 Monate in Kraft setze, komme er seinen Pflichten nicht nach und verletze die Verfassung. Dazu muss sich auch noch das Bundesgericht äussern, weil die SVP Beschwerde gegen den Beschluss des Regierungsrates eingereicht hat.

Claudia Balocco (SP, Zürich) dankt **Zanetti** daran, dass der Regierungsrat die Absicht bereits im Mai 2003 bekannt gemacht habe. Trotzdem habe es der Regierungsrat im August bei der Beratung des Sanierungsprogramms versäumt, selber festzulegen, dieses in Kraft treten soll. Nein, sagte die FDP. Sie habe zwar eine «fast stürbliche Sympathie» für **Zanettis** Initiative, sagte **Robert Marty** (FDP, Affoltern). Aber der Kantonsrat habe das Sanierungsprogramm 04 im Februar genehmigt, dürfe man es nicht wieder aufschreiben, dem lägen 110 Millionen Einnahmeverluste nicht drin – die Finanzplanung rechnet 2005 auch ohne diesen Ausfall mit einem Defizit von 365 Millionen.

Verschiedene Kantonsräte kritisierten, der Vorstoss komme zu spät. Lässig übernahm noch fristgerecht und Grundsätzlich ja, sagte **Bernhard Gerber**, Chef-Stellvertreter im Regierungsrat auf Anfrage. Aber nur, wenn der Kantonsrat bis Ende August definitiv scheide. Was nur möglich ist, wenn der Regierungsrat mitspielt: Er hätte Monate Zeit für seine Stellungnahme.